

Gedenkstättenrundbrief

Nr. 13

Februar 1986



Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
Gedenkstätten-Referat

Rundbrief Nr. 13

Seite

Inhaltsangabe

- Vorbemerkung 3

A Berichte

- G. Randecker: Vor 45 Jahren in Grafeneck 4
- Hessisch Lichtenau: Ein lager und die Diskussion um den Gedenkstein 6

B Zur Diskussion

- Horst Zimmer: Das Stadtspiel 8
- Hamburger Initiative: Für die Anerkennung aller NS-Opfer 14

C Infos, News

- AG Stadtgeschichte Salzgitter: Pressererklärung 15
- Frage nach dem Verbleib von Urnen mit der Asche verstorbener Häftlinge aus Auschwitz 17
- Berlin: Senatsbeschluß zu VVN-Mitgliedern in der Schule 17
- Jochen Spielmann: Examensarbeit über Gedenkstättenpädagogik 18

D Veranstaltungen

- Workshop " Arbeit mit Gedenkstättenbesuchern" 20
- Ev. Akademie Mühlheim/Ruhr: Tagung "Es gibt keine Versöhnung ohne Erinnerung", 15./16.3. 21
- Gedenkstättenseminar Ev. Akademie Hofgeismar 22

E Literaturhinweise

23

Impressum:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.

- Gedenkstättenreferat -

Redaktion: Thomas Lutz

Jebensstraße 1

1000 Berlin 12

Vorbemerkung

Inzwischen bestehen einige Gedenkstätten schon seit einer gewissen Zeit. Die Arbeit hat feste Formen angenommen. Neben der existentiellen Frage, wie diese Gedenkstätten erhalten bleiben können, insbesondere, wie die Menschen, die meist in kurzfristigen Arbeitsverhältnissen stehend oder auf freiwilliger, unbezahlter Basis, dieses aufgebaut haben, weiter ihren Lebensunterhalt bestreiten können, wird die Frage nach der Gedenkstättenpädagogik, die Frage nach dem, was man mit der Arbeit und wie man es erreichen will, immer stärker diskutiert.

Auch in diesem Rundbrief soll diese Diskussion, die auch auf dem Gedenkstättenseminar im Mai in Hofgeismar dezidiert aufgegriffen werden wird, durch einige Beiträge angeregt werden.

In der Rubrik "Zur Diskussion" ist eine interessante Möglichkeit aufgeführt, wie pädagogische Arbeit auch aus der Gedenkstätte heraus durchgeführt werden kann.

Horst Zimmer, Mitarbeiter der Alten Synagoge Essen, beschreibt die Konzeption von und Erfahrungen mit "Stadtspielen".

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, mit ihrem freien Mitarbeiter Wolfgang Nafroth, und das Gedenkstättenreferat von ASF möchten Interessierten, die in der täglichen Betreuungsarbeit von Besuchern stehen, in der Form eines "Workshops" die Möglichkeit geben, Erfahrungen auszutauschen und Neues auszuprobieren.

Jochen Spielmann plant seine Examensarbeit über Gedenkstättenpädagogik zu schreiben, er bittet um ihre Mithilfe.

Die Diskussion um die "Wiedergutmachung" ist immer noch aktuell!

Eine Hamburger Initiative hat dazu eine Broschüre veröffentlicht, deren Vorwort in dem Rundbrief abgedruckt ist.



Auf einem steilen Hügel zwischen dem Tal des Dolderbachs und einer Seitenschlucht, sechs Kilometer vor Münsingen, steht das ehemals herzogliche Jagdschloß Grafeneck. 1928 hatte es die in Nürtingen ansässige Samariterstiftung gekauft und zur „Versorgung krüppelhafter und gebrechlicher Leute“ umgebaut. 1939 beschlagnahmten die Nazis das Heim – „Geheime Reichssache“ des Hauptamts II der „Kanzlei des Führers der NSDAP“ in Berlin. Die Bewohner wurden ins Kloster Reute ausquartiert. Graue Busse fuhren durchs Land. Eine „Gemeinnützige Krankentransport-GmbH“ – das Kürzel „Gekrat“ wurde zum Schreckenswort – brachte Behinderte aus ganz Baden-Württemberg, Baden, Bayern nach Grafeneck. Mehr als 10 000 Menschen wurden in einem Schuppen unweit des Schlosses von Januar bis Dezember 1940 vergast.

Bilder: Haas

Heute vor 45 Jahren in Grafeneck:

Das Morden hatte ein Ende

Bis vor kurzem wurde völlig verdrängt, was in dem Samariterstift 1940 geschah

GRAFENECK. Es war am 9. Dezember vor 45 Jahren. Die Leiterin der Zwiefaltener Zwischenanstalt, Martha Fauser, zugleich Vortragsrednerin und Kreissachbearbeiterin für das „Rassenpolitische Amt“ in der NS-Frauenschaft für Frauen- und Mädelarbeit, wurde mit einem Wagen der ersten deutschen „Euthanasie“-Vernichtungsanstalt Grafeneck (Tarnname „A“) abgeholt. Sie schaute durch das Guckfenster des Grafenecker Vergasungsraumes, als das Kohlenoxyd einströmte. Bei der anschließenden Leichenverbrennung sah sie nicht mehr zu. Einer der Ärzte sagte ihr, es hätte sich um die letzte auf Grafeneck vorgenommene Tötung gehandelt. Das Gebiet Württemberg, Baden, Bayern war, so hieß es, „erschöpft“. Einen Tag später erhielt das Bischöfliche Ordinariat Rottenburg vom Stuttgarter Innenministerium die Nachricht, die Anstalt Grafeneck sei ihrer Sonderbestimmung entzogen.

Am 19. Dezember 1940 schrieb dann der Reichsleiter SS, Heinrich Himmler, an einen der Euthanasiebeauftragten, Dr. med. Vikar Brack: „Wie ich höre, ist auf der Alb wegen der Anstalt Grafeneck eine große Erregung. Die Bevölkerung kennt das graue Auto der SS und glaubt zu wissen, was sich in dem dauernd

rauchenden Krematorium abspielt. Was dort geschieht, ist ein Geheimnis und ist es doch nicht mehr.“ Das Grafenecker Personal wurde damals, im Dezember 1940, zunächst einmal in Urlaub geschickt, bis dann im hessischen Hadamar die Tötungsaktionen fortgesetzt wurden.

10654 Opfer

Als am 8. Juni 1949 vor dem Tübinger Schwurgericht im Rittersaal des Schlosses, vor rund 35 Zuhörern, der Grafeneck-Prozeß gegen acht Angeklagte begann, schrieb das SCHWÄBISCHE TAGBLATT: „Die Verlegungsstatistik ergab 10654 der Vernichtungsaktion Grafeneck zum Opfer gefallen Personen.“ Es hat 45 Jahre gedauert, bis jetzt in Grafeneck selber, wo das „Diktat der Menschenverachtung“ (Mitscherlich), der Holocaust begann, eine Gedenktafel am dortigen Friedhof aufgestellt wurde.

Dagegen erhielt bereits 1965 der legendäre Trakehnerhengst „Julmond“, als er 27jährig starb, einen Gedenkstein am Rande der Marba-

cher Weiden, kaum fünf Autominuten von der ehemaligen Vernichtungsanstalt Grafeneck entfernt: „Aus seiner ostpreußischen Heimat kam der Hengst in den Wirren der Nachkriegszeit hierher und leitete eine neue Zuchtepoch in der Württembergischen Pferdezucht ein.“

In der Brockhaus-Enzyklopädie (Band 7/1969, S. 547) steht unter dem Stichwort „Grafeneck“ lediglich: „ehem. Jagdschloß in der Gemeinde Dapfen, von Herzog Christoph v. Württ. erbaut (Renaissance), heute Pflegeanstalt“ – kein Wort über die Morde. Selbst in dem 408seitigen Band „Kreis Reutlingen“ von 1975 (herausgegeben vom damaligen Landrat Gerhard Müller; Redaktion: der heutige Reutlinger Werksbürgermeister Jörg König und Hans Schleuning) wird beim Stichwort „Grafeneck“ die Vernichtungsaktion verschwiegen.

GRAFENECK Gde. Gomadingen. Das einsam gelegene Schloß wurde 1556 bis 1560 auf hoher künstlicher Terrasse über steilem Hügel von Herzog Christoph erbaut und 1762 bis 1772 von Herzog Karl durch mächtige Flügelbauten im Norden und Süden zum großen Lustschloß erweitert. Die Fachwerkflügelbauten im 18. Jh. wieder verschwunden. Das Schloßgebäude ursprünglich im Viereck mit Innenhof und Holzgalerien. Erhalten ist ein dreiflügeliger Steinbau mit Mansarddach der Bauphase Karls, in der die Renaissancegiebel und die talseitige, den Innenhof abschließende Wand, abgetragen wurden. Die ursprüngliche Innenausstattung ist 1834 und 1838 versteigert worden. Die Schloßkirche wurde 1837 abgetragen, das Opernhaus 1808 nach Monrepos bei Ludwigsburg versetzt, die Husarenkaserne 1842 beseitigt. Zwölf Invalidenhäuser, Gartenhäuser, die genannten Flügelbauten sind verschwunden. Heute ist ein Heim im Schloßbau der Renaissancezeit untergebracht.

Der Armen Recht?

Dieser Text war wohl Vorlage für das Fremdenverkehrsamt Münsingen, als es die Station Grafeneck in die Beschreibung eines Alb-Radwanderweges aufnahm. Auf ein Schreiben des Reutlinger Stadtrats Christoph Joachim, bei dieser Station doch auch auf die NS-Geschichte hinzuweisen (das „Reutlinger Blatt“ berichtete am 9. November darüber), hat es das Münsinger Rathaus bislang nicht für notwendig empfunden, zu antworten.

Aber nicht nur Landkreis, Gemeinden oder der „Brockhaus“ taten sich in dieser Angelegenheit schwer, selbst die Samariterstiftung, die seit 1929 im Besitz des Grafenecker Schlosses ist, konnte sich erst 1982 dazu durchringen, wenigstens eine Grabplatte mit dem knap-

pen Text anzubringen: „Zum Gedenken an die Opfer der Unmenschlichkeit Grafeneck 1940“. Zitiert wurde auch der Psalm 140: „Ich weiß, der Herr wird des Elenden Sache und der Armen Recht ausführen.“

Schon 1976, im Rahmen einer Veranstaltungsreihe über Grafeneck, haben junge Menschen eine würdige Gedenktafel für die Grafenecker Opfer gefordert. Die Antwort, die sie damals erhielten, hat Thaddäus Troll in seine letzte Überarbeitung von „Deutschland, deine Schwaben“ übernommen: „Daß es ausgerechnet ein Synodaler der Lebendigen-Gemeinde war, der unter dem Vorwand, man wolle nicht in der Vergangenheit bohren, sich weigerte, daß man in Grafeneck eine Gedenktafel für die 10000 Mordopfer des Faschismus anbrachte, wundert den Kundigen nicht.“

Der Prozeß in Tübingen

Inzwischen hat ein „Umdenken“ eingesetzt. In den letzten beiden Jahren sind wichtige Arbeiten zu Grafeneck erschienen (Ernst Klee: „Euthanasie“ im NS-Staat; Dokumente; Karl Morlok: Wo bringt ihr uns hin?); und die Samariterstiftung hat sich entschlossen, im April 1985 eine Gedenktafel am Friedhof aufzustellen: „Mehr als 10500 Menschen sind hier von Januar bis Dezember 1940 vergast worden. Die meisten dieser behinderten Frauen, Männer und Kinder kamen aus bayerischen, bayerischen und württembergischen Heimen und Anstalten. In den beiden großen Gräbern befinden sich 250 Urnen mit Asche von Ermordeten.“

Auch diese Geschichte der Grafenecker Gedenktafel zeigt: NS-Verbrechen sind hierzulande kaum aufgearbeitet, eher aus der Erinnerung verdrängt, verschwiegen worden. Den Nürnberger Ärzteprozessen folgten noch vereinzelte Strafverfahren mit geringfügigen Gefängnisstrafen beziehungsweise Freisprüchen. „Nur wenige machten sich die Mühe, den Schloßberg hinaufzusteigen und der Hauptverhandlung beizuwohnen“, schrieb das TAGBLATT am 6. Juli 1949. Von den acht Angeklagten des Grafeneck-Prozesses wurden fünf freigesprochen.

Die „wegen Tötung aus Mitleid in drei Fällen“ angeklagte und zu einem Jahr und sechs Monaten verurteilte Ärztin Dr. Fauser sagte damals: „Der Staatsanwalt hat doch den Schornstein von Münsingen aus rauchen sehen können und es wurde nichts unternommen.“ Eine heftige öffentliche Kontroverse über Pressefreiheit und richterliche Unabhängigkeit setzte nach diesem Prozeß ein wegen einer von Radio Stuttgart verbreiteten Sendung, die

noch vor der Urteilsverkündung verbreitet wurde; dort wurde für verschiedene Angeklagte eine Lanze gebrochen. (Dazu der Politiker Leuze: „Die allmächtigste Presse hat das stärkste Machtgefühl, das es heute im Staate gibt.“)

Schumann kam so davon

1970/71 hatte sich der Euthanasie-Arzt Horst Schumann, der frühere Leiter Grafenecks, vor dem Schwurgericht in Frankfurt zu verantworten. Schumann gestand seine Mordtätigkeit. Der Prozeß aber wurde eingestellt, weil der Angeklagte angeblich nicht mehr verhandlungsfähig war. Er hatte sich in einem ärztlichen Attest überhöhten Blutdruck bescheinigen lassen. Allerdings gab es zahlreiche Anhaltspunkte dafür, daß der Blutdruck gezielt manipuliert war. Schumann, der zehntausendfache Mörder von Grafeneck, Sonnenstein und Auschwitz, wurde im Juli 1972 aus der Untersuchungshaft entlassen, lebte in Freiheit und starb vor wenigen Jahren in Frankfurt. 1974 hatte der Strafsenat des Bundesgerichtshofs sogar den NS-Euthanasie-Arzt Borm wegen „mangelnden Unrechtsbewußtseins“ freigesprochen. Nicht aufgearbeitetes Unrecht? Damals wies Heinrich Böll auf die „völlige Entleerung der öffentlichen Moral“ hin.

Im jüngsten Jahresbericht 1985 der Mariaburger Heime wird in einem geschichtlichen Rückblick („Tue deinen Mund auf für die Stummen“), verfaßt von Pfarrer Helmut Rau, berichtet, daß in jenen Jahren 61 Heimbewohner, junge und alte, aus Mariaberg abgeholt und als „lebensunwert“ in Grafeneck ermordet wurden: „Wir werden alles dafür tun, daß dieses schreckliche Geschehen in Erinnerung bleibt – bei den Mitarbeitern in Mariaberg und in der Öffentlichkeit. Der Verwaltungsrat hat 1983 beschlossen, eine entsprechende Gedenktafel im Klosterbereich anbringen zu lassen.“

Zu gedenken wäre auch in anderen Heil- und Pflegeanstalten des Kreises Reutlingen: Bruderhaus Reutlingen, Bruderhaus Gaisbühl, Bruderhaus Bleiche bei Urach, Bruderhaus zur Gustav-Werner-Stiftung Dettingen/Erms, Landesfürsorgeanstalt Reutlingen, Bruderhaus Buttenhausen, Heilanstalt Zwiefalten.

Günter Randecker

Wie das Lager nach Hess. Lichtenau kam

Das Kommando Hess. Lichtenau wurde am 1. August 1944 als Außenkommando für weibliche Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald zum erstenmal mit einer Stärke von 1 000 weiblichen Häftlingen in den Unterlagen erwähnt. Bei den Insassen handelte es sich überwiegend um ungarische, vereinzelt um rumänische, slowakische, polnische und jugoslawische Jüdinnen.

Aus Auschwitz

Der Liste der Neuzugänge aus dem KZ Auschwitz zum Außenkommando Hess. Lichtenau ist zu entnehmen, daß die Frauen und Mädchen zwischen 15 und 49 Jahre alt waren. Sie gehörten den unterschiedlichsten Berufsgruppen an: Viele von ihnen waren Näherinnen, Schneiderinnen, Friseurinnen, aber auch Lehrerinnen, Erzieherinnen, Fotografinnen, Drogistinnen, Pflegerinnen, Beamtinnen und eine große Zahl von Studentinnen war unter ihnen. Oft waren Mütter mit ihren Töchtern oder andere Verwandte zusammen im Lager Vereinshaus in Hess. Lichtenau untergebracht.

Registriert

Am 19. April 1944 wurden sie durch die Politische Abteilung Buchenwalds registriert und... mit laufenden Nummern versehen. Die nach Hess. Lichtenau gebrachten Frauen erhielten die Häftlingsnummern 20 001 bis 21 0003.

Die Mädchen und Frauen wurden zur Arbeit in der Sprengstofffabrik im heutigen Ortsteil Hirschhagen eingesetzt. Auftraggeber war die Fabrik Hessisch Lichtenau Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Verwertung chemischer Erzeugnisse („Verwert-Chemie“).

Kriegsentwicklung

Der Strom der Kriegsgefangenen, die der Rüstungsindustrie als Zwangsarbeiter zugewiesen werden konnten, verebbte seit Januar 1943 durch die Wende der Kriegereignisse mit der Niederlage der 6. deutschen Armee bei Stalingrad. Da gleichzeitig die Rüstungsproduktion angekurbelt werden sollte, wurde der Arbeitskräftemangel in den kriegswichtigen Industriezweigen immer größer...

Ins Reich

Die 1942 festgesetzten Grundsätze der Judenpolitik hob Hitler im April 1944 auf. Er forderte, 100 000 ungarische Juden als Arbeitskräfte ins Deutsche Reich zu bringen. Diese sollten zunächst nur für den Bau von sechs Großbunkern bereitgestellt werden. Sie wurden jedoch schon nach kurzer Zeit auch den Kriegsbetrieben zur Verfügung gestellt.

Standortwahl

Hintergrund für die Errichtung eines KZ-Außenkommandos in Hess. Lichtenau war die Tatsache, daß sich hier, versteckt in der Steinhecke im heutigen Ortsteil Hirschhagen, eine der größten Rüstungsfabriken des Deutschen Reiches befand.

Mit dem Bau des Sprengstoffwerkes wurde im Jahr 1936 begonnen... Im Zuge der Kriegsvorbereitungen suchte man im gesamten Deutschen Reich Standorte für neue Rüstungsfabriken. Dabei bot das Gebiet Hirschhagen mehrere Standortvorteile: günstige infrastrukturelle Bedingungen (Verkehrsanbindung), keine unmittelbare Nähe einer Großstadt, ein dichtes Mischwaldgebiet, problemlose Energieversorgung durch nahegelegene Braunkohlebergwerke und ein Reservoir an Arbeitskräften im strukturschwachen Raum...

Die Fabrik wurde von der Dynamit Nobel AG (D.A.G.) mit Sitz in Troisdorf im Auftrag des Heereswaffenamtes mit einem Aufwand von rund 100 Mio. Reichsmark errichtet. Hauptaktionär der D.A.G. war die IG Farben mit einem Aktienanteil von 61 Prozent...

Das Werk Hess. Lichtenau wurde am 1. Juni 1938 nach zweijähriger Bauzeit als zweite von später insgesamt 27 Sprengstofffabriken der „Verwert-Chemie“ in Betrieb genommen... Hergestellt wurden zwei Sprengstoffarten: Trinitrotoluol (TNT) und Pikrinsäure.

Während der Produktionszeit kam es in der Sprengstofffabrik zu mehreren großen Unfällen, bei denen insgesamt 200 Menschen ihr Leben lassen mußten.

Entnommen wurden die vorstehenden Passagen den Buchveröffentlichungen „Das Außenkommando Hess. Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald“ (D. Vaupel, 1984) sowie „Sprengstoff aus Hirschhagen“ (W. König/U. Schneider, 1985). Beide Bücher erschienen in einer Reihe der Gesamthochschule Kassel („Nationalsozialismus in Nordhessen“).

Das Lager Vereinshaus und die Sprengstofffabrik, die in Spitzenzeiten bis zu 4 400 Beschäftigte hatte, sind zeitgeschichtlich untrennbar miteinander verknüpft.

Nun schon seit vielen Jahren gibt es in unserer Region eine intensive Diskussion um Hirschhagen. Dabei standen jedoch die umfangreichen Altlasten, die das Sprengstoffwerk zurückließ, im Vordergrund. Herausragender Aspekt ist dabei die Belastung des Trinkwassers mit Produktionsrückständen.

(k)

14. 1.86

Sprengstoffwerke

Flick soll zahlen für Sanierung

Hess. Lichtenau (k). Der Flick-Konzern soll sich an den Kosten für die Sanierung der Altlasten in den früheren Sprengstoffwerken Hess. Lichtenau (heute Werra-Meißner-Kreis) und Allendorf (bei Marburg) beteiligen. Das hat die Landtagsgruppe der Grünen gefordert.

Es sei nicht einzusehen, daß hier die öffentliche Hand mit dreistelligen Millionenbeträgen die Vergiftungen von Boden und Wasser sanieren solle. Statt dessen müßten die Verursacher zur Verantwortung gezogen werden, heißt es in der Erklärung, die an die Diskussion zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in Rüstungsfabriken anknüpft.

Im Hess. Lichtenauer-Stadtteil Hirschhagen hat die Sprengstoffherstellung im zweiten Weltkrieg, betrieben von der Dynamit-Nobel A. G., umfangreiche Produktionsrückstände hinterlassen.

Alle Zeitungsartikel aus:
Hessisch-Niedersächsische Allgemeine

Wieder ins Blickfeld gerückt

Hess. Lichtenau (k). Fast drei Jahre ist es nun her, daß sich Schüler der Freiherr-vom-Stein-Schule Hess. Lichtenau bei einer Projektwoche auf die Suche nach Spuren aus der NS-Zeit begaben. Auch Mitinitiator Dieter Vaupel konnte damals nicht ahnen, welche Wellen die zutage geförderten Ergebnisse schlagen würden. Für ihn war der Anstoß zu weiteren, intensiven Recherchen gegeben. Seit einigen Tagen ist das Außenkommando Hess. Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald erneut in den Blickpunkt der Medien gerückt. Denn die jüdischen Häftlinge des „Akdo“ (SS-Jargon) wurden zur Zwangsarbeit in einer der großen Rüstungsschmieden des Dritten Reiches, der Munitionsfabrik Hirschhagen eingesetzt.

Um die Entschädigung der Zwangsarbeit durch die damaligen Unternehmen oder deren Rechtsnachfolger ist eine breite Diskussion entbrannt. Auch nach der Bereitstellung von fünf Mio. Mark durch ein früheres zum Flick-Konzern gehörendes Unternehmen dürfte diese Debatte so schnell nicht verstummen.

Damit ist auch für uns der Anlaß gegeben, die Geschichte des KZ-Außenkommandos sowie der Munitionsfabrik noch einmal kurz zu skizzieren.

Die Diskussion um den Gedenkstein

Im II. Weltkrieg wurde in Hirschhagen, am Rande von Hessisch Lichtenau, Sprengstoff hergestellt.

Nachdem die Geschichte und Gegenwart der Munitionsfabrik, der dazugehörigen Lager und der Menschen, die gezwungen wurden, dort zu arbeiten, durch regionalgeschichtliche Forschungen in Erinnerung gerufen wurde, soll der Opfer durch einen Gedenkstein gedacht werden.

Die Inschrift des Steines steht fest, das Stadtparlament hatte als offizielles Enthüllungsdatum den 28. März, Karfreitag, vorgesehen. Standort soll das ehemalige "Lager Vereinshaus" sein, in Hess. Lichtenau gelegen.

Nachdem Kritik daran geübt wurde, daß ausgerechnet an Karfreitag die Enthüllung stattfinden soll, hat der Bürgermeister den Termin ausgesetzt.

Die Enthüllung vorzuziehen sei nicht möglich, da "noch kein Stein gefunden" sei.

Auch besteht die von offizieller Seite geäußerte Angst, daß eine so frühe Enthüllung zu schädlichen Konfrontationen in der Stadt führe.

Mit dem Hinweis, daß von zwei als ABM-Kräften angestellten Historikern weitere Forschungsergebnisse abgewartet werden sollten, wird der Termin auf die lange Bank geschoben.

Zudem bleibt zu befürchten, daß der Gedenkstein auf dem ehemaligen Fabrikgelände in Hirschhagen aufgestellt wird, er damit unbeachtet schnell wieder vergessen wird.

B Zur Diskussion

Alte Synagoge Essen
Horst Zimmer

Das Stadtspiel - Historisch-politisches Lernen durch projekt- und erfahrungsorientierte Stadterkundungen

Was ist ein Stadtspiel?

Stadtspiel bedeutet, daß Jugendliche zu bestimmten Themen oder Fragestellungen Gruppen bilden und, nachdem sie einige Vorinformationen und Spielaufgaben erhalten haben, historischen Ereignissen nachforschen, bestimmte Orte in ihrer Umgebung aufsuchen, Leute interviewen, Zeitzeugen befragen, Fotos und Notizen machen, in Museen oder Archiven erkunden und zum Schluß gemeinsam ihre Erfahrungen austauschen. Auf spielerische und manchmal auch spannende Art lernen die Jugendlichen dabei, sich selbst ein Bild zu machen, Geschichte zu rekonstruieren und vielleicht sogar Interesse an einer weiteren Bearbeitung "ihrer" Geschichte zu entwickeln.

Warum sind Stadtspiele wichtig?

Fast jeder im Bereich der historisch-politischen Bildung Tätige hat schon folgende Klagen gehört:

- Jugendliche haben kein Interesse an Geschichte;
- sie wissen nichts zu bestimmten Themen oder haben aufgrund von Fehlinformationen falsche Vorstellungen;
- sie sind kaum in der Lage, sich z.B. mit neonazistischen Geschichtsbildern kritisch auseinanderzusetzen;
- der Geschichtsunterricht in der Schule hat keinen Spaß gemacht, und letztlich ist auch wenig hängengeblieben.

Drei Gründe spielen m.E. für dieses Verhalten eine Rolle:

1. Der Geschichtsunterricht in der Schule lief auf einer allgemeinen und theoretischen Ebene ab und hatte zum Konkreten, zum Alltag keinen Bezug, so daß auch keine Anknüpfungspunkte an das eigene Leben, an eigene Erfahrungen herzustellen waren. Der Unterricht bestand meistens darin, Wissen in Form von Zahlen, Fakten und Meinungen in den Köpfen der Jugendlichen anzuhäufen, und wurde im Unterricht doch einmal über Personen, die "Geschichte machten" gesprochen, die einem Geschichte gleich viel anschaulicher und vertrauter werden ließ, dann waren es meist "große Persönlichkeiten" und Staatsmänner, was

- a) ein unkorrektes Geschichtsverständnis vermittelte und
- b) auch nicht erlaubte, Zusammenhänge zum eigenen Leben herzustellen.

2. Geschichte wurde im Unterricht meist auf einer allgemeinen Ebene dargeboten. Es heißt dann: "in Deutschland", "die Bevölkerung", "die Regierung", oder "das Jahr 1933 brachte ...". Die Geschichte der eigenen regionalen Umgebung, der eigenen Stadt spielte dagegen kaum eine Rolle, und so war es auch nicht möglich, Geschichte mit eigenen regionalen Erfahrungen zu verbinden.
- Geschichte ist in jeder Stadt auf vielfältige Weise gegenwärtig:
- In den Wohn-Siedlungen (Arbeiter- oder Zechensiedlungen - Bürgerhäusern - Hochhaus-Vorstädten),
 - in Baudenkmalern wie Rathäusern und Kirchen, aber auch in Industrieanlagen, Handwerks- und bäuerlichen Betrieben und Friedhöfen,
 - in Straßennamen und Plätzen,
 - In Denkmälern und Mahntafeln,
 - in Archiven und Museen,
 - und in den Menschen, die als Zeitzeugen über ihre geschichtlichen Erfahrungen reden können.

Die meisten von uns bemerken den historischen Charakter ihrer Stadt kaum. Man weiß zu wenig, und es sagt einem auch nicht viel: Die regionale Geschichte hat bei der Beschäftigung mit der Geschichte in der Schule kaum eine Rolle gespielt. Aus alledem folgt, daß Geschichte bei den meisten Leuten als etwas Fernes, weit Zurückliegendes angesehen wird und nicht als etwas, das sich im Alltag, in der Umgebung, in der eigenen Gegenwart und - das ist sehr wichtig - mit eigenen Einflußmöglichkeiten ereignet.

3. Der dritte Grund, der m.E. dafür verantwortlich ist, das Jugendliche oft nur schwer Zugang zur Geschichte bekommen, ist folgender: "Normaler" Unterricht besteht im wesentlichen darin, Texte, Bücher und Quellen zu bearbeiten und längst Bekanntes nachzuvollziehen. Der Unterricht macht nicht betroffen, Geschichte wird nicht erlebt. Die vorherrschenden Sozial-

formen des Unterrichts sind der Frontalunterricht oder das fragend-entwickelnde Unterrichtsgespräch. Beide Methoden haben durch- aus ihre Berechtigung, schränken jedoch die Kommunikation der Schüler untereinander und ihre Selbständigkeit, Eigen- aktivität und Spontaneität stark ein. Die formalen Zwänge des Unterrichts (Lehrpläne, Schulstunden, Zensuren) lassen Leh- rern wie Schülern in der Regel wenig Spielraum, nach anderen Zugängen zur Geschichte zu suchen, z.B. durch aktives Handeln Geschichte aufzuspüren und selbst zu entdecken.

Folgende Schlußfolgerungen lassen sich aus den drei genannten Kritikpunkten am traditionellen Geschichtsunterricht ziehen. Ge- schichtliches Lernen sollte nach Möglichkeit

- an Alltagserfahrungen und regionale Erfahrungen der Schüler anknüpfen und
- sich auf die Initiativen und Aktivitäten der Lernenden stützen.

Eine Möglichkeit, geschichtliches Lernen unter diesen Aspekten zu organisieren, ist m.E. das Stadtspiel.

Auf welcher Lernmethode basiert das Stadtspiel?

Das Stadtspiel basiert auf der Methode des "Entdeckenden oder projektorientierten Lernens" und ist verwandt mit der Projekt- methode. Die wichtigsten Merkmale der Projektmethode sind, daß

- eine Gruppe von Lernenden gemeinsam ein Gebiet bearbeitet und
- die Arbeiten selber plant und ausführt,
- die Bedürfnisse, Neigungen und Interessen der Gruppenmitglie- der in die Arbeit eingehen und
- die Aktivitäten der Gruppe zu einem sinnvollen Ende führen, wobei oft ein für die Teilnehmer sichtbares Produkt entsteht.

Auch das "Entdeckende Lernen" stützt sich in erster Linie auf die Initiative und Aktivität der Lernenden. Rezeptives Lernen wird weitgehend vermieden. An die Lernenden werden entweder Probleme in Form von Widersprüchen oder offene Probleme herangetragen. Dadurch werden Denktätigkeiten notwendig, die entweder aus dem vorhandenen Wissen neue Informationen erzeugen oder durch Kommu- nikation mit der Lernumwelt neue Informationen suchen und ver- arbeiten.

Im Vergleich zur Projektmethode ist festzuhalten, daß dem "Entdeckenden Lernen" die gemeinsame Entwicklung des Tätigkeitsgebietes durch die Gruppe fehlt. Der Lernprozeß läuft nicht in völliger Entscheidungsfreiheit der Lernenden ab, sondern wird durch Hilfen (z.B. Arbeitsmaterial, Impulse) in begrenztem Umfang gesteuert. In begrenztem Umfang bedeutet, daß es Ziel des Betreuers sein muß, den Lernenden möglichst große Selbständigkeit und Eigenaktivität im Lernprozeß einzuräumen.

Bei der Auswahl der Entdeckungshilfen ist wichtig, daß das Endprodukt des Lernprozesses noch nicht als Ganzes vorgegeben ist, es soll in der Auseinandersetzung mit dem Material als eigene Leistung entstehen.

Die projektorientierte Bearbeitung in Form eines Stadtspiels bietet meist allen Gruppenmitgliedern die Chance, sich in den Arbeits- und Lernprozeß der Gruppe einzubringen, weil bei Projektarbeit bzw. entdeckendem Lernen ganz unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten gefragt sind (z.B. Schreiben, malen, fotografieren, beobachten, Leute befragen, Orte mit Hilfe von Plänen suchen usw.). Dies fördert die Arbeitsteilung und kooperative Betätigung in der Gruppe.

Ein Vorteil des entdeckenden Lernens gegenüber der Projektmethode liegt darin, daß durch die Auswahl der Lernanreize und -materialien motivationshemmende Fehlschläge im Lernprozeß reduziert werden können.

An die Teilnehmer des Stadtspiels der Alten Synagoge

Es gibt Denkmäler in Essen, die an Kriege und das Sterben für's Vaterland erinnern sollen. Doch wieviele Jugendliche wissen, was hinter den Worten von Treue und Vaterlandsliebe verborgen liegt?

Nur wenige wissen auch, was vor einigen Jahrzehnten während der Nazi-Zeit an vielen Orten mitten in unserer Stadt passiert ist.

Viele Spuren sind verwischt.

Ihr seid ein Reporterteam! Eure Aufgabe ist es, den Spuren von Gewalt und Krieg nachzugehen und eine Reportage zu machen.

Denn nur wenn wir über diese Zeit Bescheid wissen, können wir verhindern, daß sich solches wiederholt.

Wenn Ihr Eure Aufgaben gelöst habt, könnt Ihr in die Alte Synagoge zurückkehren. Spätestens um Uhr werden wir uns dort zusammensetzen, um über unsere Ergebnisse und Erlebnisse zu sprechen. Vergeßt nicht, möglichst viele Notizen und Fotos zu machen.

Solltet Ihr während des Stadtspiels Schwierigkeiten haben, die Ihr alleine nicht lösen könnt, ruft bitte im Stadtspielbüro (Tel. 181 - 48 31) an.

Wir wünschen Euch viel Erfolg!

Gruppe Forsthausstraße

1. Geht zur Haltestelle Porscheplatz und fahrt mit der Straßenbahn Linie 104 (Abfahrtszeiten 15, 35, 55 usw.) bis zur Haltestelle Forsthausstraße.
2. Auf der Höhe der Haltestelle, direkt neben der Frankenstraße befindet sich ein Denkmal in Form eines Obelisken und eine Gedenktafel. Zeichnet den Standort in Euren Stadtplan ein.
3. Seht Euch das Denkmal und die Gedenktafel an.
 - Um was für ein Denkmal handelt es sich?
 - Aus welcher Zeit stammt es?
 - Notiert die Inschriften, die Euch auffallen.
 - Vergesst nicht, Fotos zu machen.
4. Öffnet den Umschlag mit dem Info Nr. 1. Hört Euch die Kassette an und schreibt auf, warum Eurer Meinung nach Kriegerdenkmäler aufgestellt worden sind.
5. Wie ist Eure Meinung zum soldatischen Heldentum und Sterben "für's Vaterland"?
6. Interviewt einige jüngere und ältere Passanten und fragt sie nach ihrer Meinung zum Denkmal und ob sie die Inschrift der Gedenktafel richtig finden.
7. Ab 16.00 Uhr erwartet Euch am Denkmal eine Frau. Lest ihr Eure Antwort auf Frage 5 vor und sprecht mit ihr darüber.
8. Macht Vorschläge, was man heute tun kann, um Kriege zu verhindern.

Anschließend fahrt zur Alten Synagoge zurück.

Für die Anerkennung aller NS-Opfer

Das Thema "Wiedergutmachung" an den Opfern der NS-Diktatur heute wieder aufzuwerfen, ist keine Selbstverständlichkeit. Mit dem 1965 verabschiedeten BEG-Schlußgesetz (Bundesentschädigungsgesetz) war die Vorstellung verbunden, daß "Wiedergutmachung" für die Opfer der NS-Diktatur hinreichend geleistet sei. Die Konsequenz hieraus: Nach Ablauf der letzten Fristen (1969) kann kein Anspruch mehr auf Entschädigungsleistungen für erlittene Schäden erhoben werden. Seitdem ist es still geworden um dieses Thema. Das war auch durchaus beabsichtigt. Denn in der Zeit des Erhardtischen "Wir sind wieder wer" sollte auch hier gesetzgeberisch ein Schlußstrich gezogen werden unter deutscher Geschichte: Abteilung Faschismus diesmal.

Die staatlich getroffene Auswahl derer, die als Opfer anerkannt wurden - was ungekehrt weitere Verfolgung und Diskriminierung der nicht anerkannten Opfer bedeutete - war in der Bundesrepublik weitgehend akzeptiert. Erst das Zusammentreffen des Engagements vieler NS-Opfer und der zunehmenden Kritik an der bundesdeutschen "Geschichtsbewältigung" haben diesen Konsens aufgebrochen.

Die Kritik richtete sich gegen die Absicht, parallel zum offiziellen Widerstand gegen die NS-Diktatur (so der 20. Juli) auch eine gleichsam offiziöse Opferanerkennung durchzusetzen. Hierfür gibt es ideologische wie politische Gründe.

Aus politischen Gründen von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen sind antifaschistische Widerstandskämpfer, die im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot 1956 verurteilt worden sind. Die Behandlung der Roma und Sinti und der "Vergessenen Opfer" ist ein bekanntes Beispiel für ideologische Kontinuitäten, die Diskriminierung und Verfolgung bis auf den heutigen Tag legitimieren.

Zum anderen steht das Verfahren der "Wiedergutmachung" selbst im Mittelpunkt der Kritik. Diese Kritik zielt auf die Stellung des BEG im Kontext der gesetzlichen Regelung der Kriegsfolgenlasten. Im Vergleich zu Kriegsoffizieren, Lastenausgleichsempfängern und Beamten des NS-Staates stehen die Verfolgten der NS-Diktatur am unteren Ende der Versorgungsskala.

Die Kritik richtet sich ebenso gegen das Anerkennungsverfahren selbst. Die NS-Opfer waren verpflichtet, den Nachweis über erlittenes Unrecht zu erbringen, standen den Tätern oftmals erneut gegenüber und unterlag ihnen abermals - diesmal in einem "rechtsstaatlichen Verfahren".

Heute diese Fragen erneut zu einem politischen Thema zu machen, kann nicht in der Absicht erfolgen, "Wiedergutmachung" für die Verbrechen zu erreichen, die die Nazis unzähligen Menschen angetan haben. Diese Verbrechen sind so unermesslich, daß jeder derartige Anspruch unweigerlich zur Verharmlosung dieser historischen Schuld gerät. Doch leben noch etliche Verfolgte der Nazi-Diktatur unter uns - oftmals auf Sozialhilfe angewiesen und viele von ihnen auch heute noch nicht als NS-Opfer anerkannt. 40 Jahre nach der Befreiung von der NS-Herrschaft haben wir deshalb jetzt die letzte Möglichkeit, dafür einzutreten, daß allen Opfern sowie ihren mitbetroffenen Angehörigen und Hinterbliebenen endlich die ihnen verweigerte moralische und gesellschaftliche Anerkennung zukommt. Damit muß eine ausreichende Alters- und Gesundheitsversorgung verbunden sein. Angesichts der Debatten über eine neue gesetzliche Regelung der Sterilisation behinderter Menschen, "Sterbehilfe" und auch Gentechnologie schaffen wir damit für uns selbst zugleich die Voraussetzungen, um durch die erneute Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Diktatur für die Beantwortung der gesellschaftlichen Fragen der Gegenwart und der Zukunft zu lernen und Fehler zu vermeiden.

In Hamburg hat sich deshalb eine Initiative gebildet, die sich für die Durchsetzung der genannten Forderung einsetzt.

Mit dieser Broschüre wollen wir für alle Interessierten die Möglichkeit schaffen, sich über dieses Thema in einem ersten "Einstieg" zu informieren, und die Notwendigkeit schnellen politischen Handelns deutlich machen.

30. Januar 1986

Hamburger Initiative
"Anerkennung aller
NS-Opfer"

Erklärung des Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.
anlässlich des Pressegesprächs am 4.11. 1985

In der Auseinandersetzung um die Einrichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ-Außenlager Drütte in Salzgitter zeichnet sich eine Verhärtung der dieses Projekt ablehnenden Position der Salzgitter AG, des Eigentümers des Geländes, ab:

Wir haben deshalb nationale und internationale Pressevertreter zu einem Gespräch nach Salzgitter eingeladen, um über die Argumente in dieser Auseinandersetzung zu informieren.

Das in seiner baulichen Grundsubstanz erhaltene KZ-Außenlager Drütte ist ein einzigartiges zeitgeschichtliches Dokument. Es steht beispielhaft für die enge Kooperation zwischen Großindustrie und nationalsozialistischem Staat beim Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen im Rahmen des Programms "Vernichtung durch Arbeit".

Der Arbeitskreis Stadtgeschichte vertritt seit seiner Gründung die Forderung, in den Gebäuden des ehemaligen KZ auf dem Gelände der zur Salzgitter AG gehörenden Stahlwerke Peine Salzgitter eine Gedenk- und Dokumentationsstätte einzurichten.

Nur eine authentische Stätte des Geschehens ist in besonderer Weise geeignet, auch heute noch das Grauen des Lebens im Konzentrationslager und der Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion visuell und atmosphärisch erfahrbar zu machen. Das KZ Drütte ist insofern ein Lernort, an dem sowohl der Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft gedacht als auch über die politischen und sozialen Hintergründe dieser Zeit informiert werden sollte.

Damit soll gewährleistet werden, daß dieser Bestandteil deutscher Geschichte nicht weiter verdrängt werden kann und für eine öffentliche Auseinandersetzung zugänglich gemacht wird, die der einzige Weg zur Vergangenheitsbewältigung ist.

Diesem Vorhaben entgegnet der Vorstand der Salzgitter AG mit folgender Argumentation:

Auch er spricht sich für die Errichtung einer Gedenkstätte in Salzgitter aus und wäre auch zu einer finanziellen Beteiligung bereit. Doch könne eine solche Gedenkstätte nicht im Werksbereich liegen.

Der öffentliche Zugang sei zu den auf dem Hüttengelände gelegenen Räumen des ehemaligen KZ unter einer Hochstraße u.a. aus sicherheitstechnischen Gründen nicht möglich.

Auch könne kein Bestandsschutz für die 40 Jahre alte Hochstraße gegeben werden. Als im Wettbewerb stehendes Unternehmen und zur Sicherung von Produktionsstandorten und Arbeitsplätzen müsse für den Konzern und gleichermaßen die Stahlwerke P&S sowohl die Weiterentwicklung vorhandener Produktionsanlagen als auch der Einstieg in zukunftsichernde neue Technologien ohne Einschränkung möglich sein. Die Gestaltung einer betriebsoptimalen Infrastruktur wäre durch die Einrichtung einer Gedenkstätte an dem vorgesehenen Ort nicht sichergestellt.

Diese Argumentation vermag nicht zu überzeugen:

Im Verlauf dieses Jahres haben bereits 9 größere Besuchergruppen das Gelände des ehemaligen KZ besichtigt. Es ist nicht bekannt, daß dadurch die Werkssicherheit beeinträchtigt worden ist.

Ein ständiger Zugang würde einen gesonderten Weg vom 200 m entfernten Tor I erforderlich machen. Sollte dieser nicht über die Hochstraße geführt werden können, müßte eine Fußgängerbrücke über einige häufiger befahrene Bahngleise gebaut werden. Doch die damit ver-

bundenen Kosten sind deutlich geringer als bei einem völligen Neubau einer Gedenkstätte an einem anderen Ort.

Durch die schon vorhandene Abzäunung des Geländes des ehemaligen KZ, des heutigen Bauhof, und die Abzäunung dieses separaten, öffentlichen Zugangswegs wäre der Werkssicherheit bestimmt genüge getan.

Daß die Einrichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte die Optimierung der betrieblichen Infrastruktur nennenswert beeinträchtigen würde, ist bislang weder dem Betriebsrat noch der Öffentlichkeit durch die Vorlage mitsprechender Planungsskizzen nachgewiesen.

Eine in diesem Zusammenhang genannte Straßenanbindung für die neu zu errichtende elektrolytische Verzinkungsanlage in der Walzwerkhalle I, die an das Gelände des ehemaligen KZ angrenzt, könnte auch an einer einzurichtenden Gedenk- und Dokumentationsstätte vorbei geführt werden. Raum ist dafür in ausreichendem Maße vorhanden.

Diese Auffassung bestätigt auch der Betriebsrat der Stahlwerke P&S.

Über die behaupteten Kostenbelastungen, die durch die Einrichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte auf dem Hüttengelände für die Salzgitter AG entstehen könnten, kann abschließend nur nach Prüfung in Frage kommender öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten gesprochen werden. Daß die durch die Einrichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte entstehenden Belastungen jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der Salzgitter AG oder gar Arbeitsplätze gefährden würden, ist schon jetzt wenig glaubhaft.

Die ablehnende Haltung der Salzgitter AG stößt insofern bei uns auf kein Verständnis.

Das Vorhaben einer Gedenk- und Dokumentationsstätte in Drütte hat in Salzgitter breite Unterstützung erhalten. Betriebsrat und IGM-Vertrauensleute der Stahlwerke, Belegschaftsvertreter anderer Betriebe, Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei, die Partei "Die Grünen", Kirchengemeinden und verschiedene andere Verbände haben sich unsere Forderung zu eigen gemacht. Ein Bürgerkomitee hat sich gebildet.

Damit ist das öffentliche Interesse an einer Gedenk- und Dokumentationsstätte in den Räumen des ehemaligen KZ Drütte eindeutig.

Auch die internationale Organisation der ehemaligen Häftlinge 'Amicale internationale de Neuengamme' hat in einem Schreiben die Einrichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte befürwortet.

Wenn wir heute aus der Geschichte lernen wollen und wenn wir die Grundlage dafür schaffen wollen, daß sich die deutsche Geschichte nicht wiederholen kann, darf die Forderung der Opfer der Konzentrationslager und ihrer Angehörigen nicht ungehört bleiben.

Wir fordern die Salzgitter AG deshalb auf, sich diesem Verlangen nicht länger zu verschließen und die Gebäude des ehemaligen KZ für eine Gedenk- und Dokumentationsstätte zur Verfügung zu stellen. Wir sind der Überzeugung, daß sich die für die Stahlwerke entstehenden sicherheits- und betriebstechnischen Probleme beseitigen lassen, wenn wir gemeinsam konstruktiv an ihrer Lösung arbeiten.

Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.

Salzgitter, den 4.11. 1985

Frage nach dem Verbleib von Urnen mit der Asche verstorbener
Häftlinge aus dem ehemaligen KZ-Auschwitz?

Mitarbeiter des staatlichen Museums in Auschwitz bemühen sich, über die Urnen mit der Asche, die in den Heimatort der Verstorbenen gesandt wurden, näheres auszuforschen. Sie sind auf der Suche nach weiteren Informationen wer wo aufbewahrt und beigesetzt wurde.

Jeder Erlaß, Briefwechsel - zwischen Behörden und Familien- jede andere Information, Erinnerung, Zeichnung, etc., wird mit großer Dankbarkeit entgegengenommen.

Gibt es vielleicht bei Friedhofsverwaltungen der einzelnen Städte Dokumente, sind Sie, liebe Leser des Rundbriefes, bei Ihrer Forschung auf Hinweise gestoßen?

Ich möchte Sie bitten, mir auch die kleinste Information zuzusenden, damit ich sie nach Auschwitz weiterleiten kann. Dort können diese Hinweise von großer Bedeutung sein und werden mit bestem Dank entgegengenommen.

Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus

Der Senat beschloß den von Senatorin Dr. Hanna-Renate Laurien (Schulwesen, Berufsausbildung und Sport) vorgelegten Bericht über "Aufhebung des Verbots, VVN-Mitglieder an Schulen einzuladen".

Für Vorträge in Schulen gelten grundsätzlich die Ausführungsvorschriften über Vorträge in Schulen und Besuch von Gerichtsverhandlungen vom 17. Dezember 1984 (ABl. S. 130/1985, DBl. Teil III S. 21/1985). Von schulfremden Referenten wird erwartet, daß sie für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten.

Kommt es zu Diskussionen mit West-Berliner VVN-Mitgliedern, die tatsächlich Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus oder Verfolgte des Nazi-Regimes waren, also Zeitzeugen, ist es erforderlich, daß derartige Veranstaltungen in Anwesenheit mindestens eines Lehrers der Schule stattfinden und ein Bericht des Lehrers den zuständigen Schulaufsichtsbeamten des Bezirks und der Hauptverwaltung durch den Schulleiter der betreffenden Schule zugeleitet wird.

(Landespressedienst Berlin, Nr. 4, 7.1.86)

Pädagogische Arbeit in Gedenkstätten

In vielen Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen wird der pädagogischen Betreuung von Einzelbesuchern und Gruppen eine große Bedeutung beigemessen. In einer Diplomarbeit im Fach Erwachsenenpädagogik möchte ich versuchen, den Möglichkeiten und Problemen pädagogischer Arbeit in Gedenkstätten nachzugehen.

Zunächst stelle ich mich kurz vor: Ich heiße Jochen Spielmann und studiere an der Freien Universität Berlin Kunstgeschichte und Erwachsenenpädagogik. Im letzten Jahr habe ich zusammen mit Frank Schimmelfennig und Harrold Marcuse eine Ausstellung erstellt mit dem Titel: "Steine des Anstoßes - Nationalsozialismus und zweiter Weltkrieg in Denkmälern 1945 - 1985" die bereits in Osnabrück, Dachau und Hamburg zu sehen war. In diesem Jahr wird sie in Bonn, Tübingen, Regensburg, Bremen, Friedberg und Ulm zu sehen sein. Weitere Termine für den Herbst sind noch frei. Im Fach Kunstgeschichte arbeite ich an meiner Doktorarbeit über den "Internationalen Wettbewerb für ein Denkmal im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1957-1967". Im Anschluß daran - ab Sommer 1986 - möchte ich meine Diplomarbeit schreiben. Aus diesem Grund hat mir Thomas Lutz angeboten hier im Rundbrief einige Gedanken zu äußern und Fragen zu stellen.

Pädagogische Konzepte

Die in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Gedenkstätten sind höchst unterschiedlich in ihrer Entstehungsgeschichte als Gedenkstätte, ihrer Zielsetzung, ihrer personellen und finanziellen Ausstattung, ihrer räumlichen Möglichkeiten, ihrer politischen Handlungsspielräume etc. Einige verfügen seit längerem über pädagogische Konzepte, andere erst seit kürzerer Zeit und wieder andere sind erst dabei, solche zu erstellen. Die anfallenden Probleme sind recht unterschiedlich und erfordern zwar einen Meinungsaustausch aller an der Arbeit Beteiligten, doch lassen sich wohl nur sehr schwer allgemeine Ratschläge geben.

Gedenkstätte als Museum

Gedenkstätten sind Museen, die durch die historischen Ereignisse, die sie als Gedenkstätten haben entstehen lassen eine besondere Qualität von Museum aufweisen. Es wird daher zu fragen sein, worin diese besondere Qualität besteht und was dies für die pädagogische Arbeit bedeutet, bzw. welche Erkenntnisse der Museumspädagogik übernommen werden können.

Betroffenheit

Als Orte des Geschehens wird in allen Gedenkstätten mit dem Begriff der "Betroffenheit" gearbeitet, der jedoch problematisch ist, da die "Möglichkeit des Erlebens und Nachvollziehens der KZ-Realität an Ort und Stelle des Geschehens" nicht besteht. Dennoch sind diese Orte "authentische" Orte von Verbrechen. Es wird zu untersuchen sein, welche Möglichkeiten bestehen und genutzt werden, mit der Betroffenheit umzugehen.

Zeitzeugen

In vielen Gedenkstätten wird besonders auf intensive Diskussionen mit ehemaligen Häftlingen Wert gelegt, und Gespräche mit ihnen bilden einen wesentlichen Bestandteil der pädagogischen Arbeit. Viele von ihnen sind inzwischen in einem Alter, in dem solche Gespräche nicht mehr möglich sind und es wird von daher zu untersuchen sein, welche Alternativen sich anbieten.

Besucher

Die Besucher in den Gedenkstätten lassen sich wohl in die drei großen Gruppen: Einzelbesucher, Schulklassen und Erwachsenengruppen aufteilen, wobei zu untersuchen sein wird, welche unterschiedlichen pädagogischen Konzepte für die einzelnen Gruppen sinnvoll und machbar sind.

Zeitdauer

Besucher bleiben unterschiedlich lang in der Gedenkstätte und es ist zu überlegen ob diesem individuellen Informationsbedürfnis durch unterschiedliche Angebote Rechnung getragen werden kann.

Gedenkstättenpädagogik

Des öfteren ist der Ausdruck "Gedenkstättenpädagogik" zu finden, wobei zu fragen ist, ob sich die pädagogische Arbeit unter einer neuen Pädagogik fassen läßt. Wir erleben immer neue "Pädagogiken": Sportpädagogik, Freizeitpädagogik, Medienpädagogik und nun auch noch Gedenkstättenpädagogik. Ist dies überhaupt ein zutreffender Ausdruck, oder soll mit dieser Wortschöpfung hauptsächlich die Arbeit in den Gedenkstätten legitimiert werden. Dieser nicht nur theoretischen Frage will ich in meiner Arbeit nachgehen.

Gliederung

Ich stelle mir vor, daß sich die Arbeit in zwei große Teile gliedern wird: zum einen in die Darstellung der vorhandenen Konzepte und Konzeptansätze und zum anderen in die Erarbeitung von Handlungsanweisungen, wie sie die Pädagogik kennt, die theoriegeleitet Hinweise und Anregungen für die Praxis geben sollen, ohne Rezeptcharakter zu erhalten.

Dies sind meine ersten Gedanken, und ich bitte Euch um Unterstützung bei meinem Vorhaben, das - so denke ich - Euch auch nützlich sein wird.

Ich bitte konkret um die Zusendung von Konzepten, Konzeptansätzen, Gedanken und Meinungen zur pädagogischen Arbeit in den Gedenkstätten. Ich möchte gerne mit Euch Gespräche über Eure Arbeit und Eure Vorstellungen führen und nach Möglichkeit bei Eurer Arbeit hospitieren. Wichtig ist mir, Anregungen und Kritik zu erhalten zu schon aufgezählten Fragenkreisen und Hinweise auf neue Fragen.

Für Eure Hinweise, Kritiken, Texte, Meinungen usw. bedanke ich mich sehr

Euer

Jochen Spielmann

Jochen Spielmann
Bergmanstraße 97
1000 Berlin 61
Tel.: 030-6930339

D Veranstaltungshinweise

W O R K S H O P

ARBEIT MIT BESUCHERN VON GEDENKSTÄTTEN

So wie es sicherlich nicht **den** Besucher einer Gedenkstätte geben wird, kann es auch nicht **die** Form einer effektiven Gedenkstättenarbeit geben. Dazu sind die Besucher zu unterschiedlich, die Gedenkstätten und ihre Bedingungen zu verschieden.

Dennoch wird bei allen, die mit dieser Arbeit haupt- oder ehrenamtlich befaßt sind, immer wieder ein unbefriedigendes Gefühl zurückbleiben: Was hat es denn nun der Hauptschulklasse gebracht? Was hinterläßt der Rundgang beim Einzelbesucher, der mal hier und mal dort stehenbleibt, sich vielleicht noch eine Tonbildschau anhört, reinzieht? Was ist eigentlich mit den Bewohnern im Umfeld der Gedenkstätte?

Wir möchten ein Workshop zur Gedenkstättenarbeit anbieten, das sich mit den verschiedensten Formen und Erfahrungen der Gedenkstättenarbeit auseinandersetzt, das Gelegenheit zum eigenen Entwickeln und Erproben von Arbeitsformen bietet, das unter den offenen Bedingungen eines Workshops Raum läßt, Neues zu erkunden, zu erfahren, Zeit läßt, zur Auseinandersetzung auch mit der eigenen Rolle als Mitarbeiter in dieser Arbeit.

Es liegt in der Sache, daß hier ein solches Wochenende nun nicht im Detail geschildert werden kann, daß hier nur Möglichkeiten ahgerissen werden können, wenn die Teilnehmer das Programm, die Arbeit der Tagung letztlich wirklich mitgestalten sollen.

Wenn die Tagung sinnvollerweise am Rande einer bestehenden oder in der Entstehung befindlichen Gedenkstätte stattfände, wäre es möglich z.B. Ton- oder Filmproduktionen zu erstellen, die sich vielleicht mit dem Alltag einer solchen Gedenkstätte, dem Alltag der Mitarbeiter, Gedanken von Besuchern, Formen der Arbeit (auch noch hier nicht erprobten), ... auseinandersetzen könnten, wäre es möglich, manches zu erproben und zu reflektieren, nach Formen der aktiven Einbeziehung des Besuchers / der Besucherin zu suchen.

Ich denke, daß aus Euren Reihen noch weitere Vorschläge für ein solches Workshop kommen (vielleicht auch im Hinblick auf die Anlage längerfristiger projektorientierter Arbeit). Deshalb die Bitte an Euch:

Wer persönlich Interesse hat, an einem solchen ersten Wochenende im Herbst 1986 mitzumachen, wer Vorschläge für ein Workshop hat, wenn eine Gedenkstätte Interesse hat, daß ein solches Workshop in ihrer Nähe stattfindet, dann meldet Euch kurz. Wenn ausreichend Interesse besteht, läßt sich die Sache durchführen.

Wolfgang Nafroth

Interessenten melden sich bitte bei:

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12
oder

Wolfgang Nafroth, Bruckner Allee 94, 4050 Mönchengladbach 2, (02166) 43128

EVANGELISCHE AKADEMIE MÜLHEIM/RUHR



HAUS DER
BEGEGNUNG

Uhlenhorstweg 29
4330 Mülheim/Ruhr

Tel.: (0203) 51201 und 51240

Es gibt keine Versöhnung ohne Erinnerung
15.3.1986 - 15.00 h bis 16.3.1986 - 12.30 h

Samstag, 15. März

15.00 Kaffeetrinken

15.30

Eröffnung der Tagung

Landeskirchenrat Jörn Erik Gutheil,
Düsseldorf

15.45 - 18.00

Gedenkstättenarbeit 1986 - Ein Anachronismus?

Referat I

Professor Dr. Kasimir Kákol,
Warszawa, Direktor der Hauptkommission
zur Erforschung der Nazi-Verbrechen in
Polen - und des nationalen Gedenkens

Referat II

Barbara Distel
Leiterin der Gedenkstätte Dachau

Thomas Lutz, Berlin
Aktion Sühnezeichen

18.00 Abendessen

19.00 - 20.30

Ausstellungseröffnung

mit Plastiken von Professor Zofia Wolska
und Malerei von Professor Halina Chrostowska

Eröffnung:

Redakteur Boleslaw Bartoszewicz,
Warszawa

20.30 - 21.15

Aussprache zu den Referaten

Leitung: Heiner Lichtenstein
Redakteur beim Westdeutschen Rundfunk,
Köln

Sonntag, 16. März

8.15 Frühstück

9.00 Besinnung: Es gibt keine Ver-
söhnung ohne Erinnerung

9.30 - 11.00

Verfolgung von Nazi-Verbrechen heute und Probleme in der Rechtshilfe

Referat I

Professor Dr. Kasimir Kákol,
Warszawa

Referat II

Leitender Oberstaatsanwalt Alfred Streim,
Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen,
Ludwigsburg

11.00 - 11.45

Aussprache

Leitung: Redakteur Heiner Lichtenstein

11.45 - 12.30

Es gibt keine Versöhnung ohne Erinnerung

Auswertung der Tagung mit allen Referenten
Leitung: Landeskirchenrat Jörn Gutheil

Tagungsleitung:

Dr. Dieter Bach
Jörn Erik Gutheil
Heiner Lichtenstein

Insges. 10 U.-Std.

Gedenkstättenseminar

Von 22.-25. Mai wird das nächste Gedenkstättenseminar in der Ev. Akademie Hofgeismar stattfinden.

Schwerpunkt des Seminares, das in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Gedenkstätte Breitenau durchgeführt werden wird, ist die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten!!

Da wir uns um einen möglichst konkreten Erfahrungsaustausch bemühen möchten und wir zu dem Seminar eine Materialsammlung erstellen möchten, bitten wir Sie, liebe Leser des Rundbriefes, uns Material zuzusenden, in dem Sie Ihre Konzepte und Erfahrungen beschreiben.

Dies könnten z.B. sein:

- Didaktische Überlegungen.
- Berichte über interessante Projekte.
- Konzeptionen von Führungen und Ausstellungen und Erfahrungen damit.
- Arbeitsmaterialien: Fragebögen, etc.

Je mehr Material ^{wir} erhalten, desto besser können wir die Tagung im Mai vorbereiten.

Ich möchte Sie bitten, die Materialien an das Gedenkstättenreferat von ASF zu schicken, und bedanke mich schon im Voraus für Ihre Hilfe.

Bevor das genaue Tagungsprogramm vorlag, sind schon Anmeldungen für das Seminar eingegangen. Obwohl erst Ende April Anmeldeschluß sein wird, bitte ich alle, die schon fest Ihre Teilnahme zusagen können, dies umgehend zu tun.

In der Anlage an diesen Rundbrief sind Programm und Einladung zu dem Gedenkstättenseminar beigelegt.

Aufsatz Karl Hüfers in: „Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung“

Lebensbedingungen im KZ Niederhagen

Nicht die Geschichte der „Institutionen“ Konzentrationslager oder SS, inzwischen auch schon relativ umfassend von den Historikern aufgearbeitet, sondern „die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933–1945“ (so der Untertitel des Buches) sollen geschildert werden. Es geht um das Buch „Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung“ (Herausgeber Ludwig Eiber), das jetzt erschienen ist und eine Sammlung von Vorträgen darstellt, die im Rahmen einer Ausstellung zum Thema Konzentrationslager im Museum für Hamburgische Geschichte gehalten worden sind. Dabei ging es natürlich nicht nur um Hamburg.

„Das KZ in Wewelsburg 1933–1945“ lautet der Titel des für Leser aus dem ostwestfälischen Raum wohl besonders interessanten Beitrages von Karl Hüfer. Natürlich kann ein solcher Aufsatz bzw. ein solches Referat nicht die Informationsfülle bieten wie beispielsweise die ebenfalls vom Paderborner GHS-Professor Karl Hüfer erstellte Dokumentation „Wewelsburg 1933–1945, Kult- und Terrorstätte der SS“ (Paderborn 1982). Das ist erstens auch nicht erwünscht gewesen und zweitens auch kein Nachteil. Wer sich nicht durch einen dicken Wälzer arbeiten will, sondern vielmehr knappe wie lesbare Information sucht, ist mit dem jetzt vorliegenden Aufsatz besser bedient. Eine Tatsache, die den neuen Sammelband nicht zuletzt für Schulen interessant machen dürfte.

Dazu kommt etwas anderes. Wie gesagt: Im vorliegenden Werk geht es um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge. Und dieser Gesichtspunkt macht Geschichte sicherlich für den Nicht-Historiker allemal faßbarer – weckt mehr Interesse und hinterläßt mehr Eindruck bei denjenigen, die ohne große Vorkenntnisse wissen wollen, wie das denn nun war damals, im KZ Niederhagen wie im Dorf Wewelsburg.

Was die Historiker „Ordnung“ haben



Ein Foto, das so gar nicht zu den bekannten grauenhaften Bildern von gerade befreiten KZ-Häftlingen paßt: die befreiten Insassen in Niederhagen. Die Verbliebenen schilderten ihre Situation in den letzten zwei Jahren bei der Befreiung durch amerikanische Truppen als durchaus erträglich; sie galten als „Freigänger ohne SS-Wache.“ Nachdem die Kriegssituation spätestens seit Stalingrad wichtigere Dinge als die Verwirklichung der SS-Phantasien um die Wewelsburg (dazu waren die Häftlinge in erster Linie da) erforderte, wurden fast alle der 1 600 KZ-Insassen im April 1943 in die Lüneburger Heide abtransportiert, um dort das später so berühmte KZ Bergen-Belsen aufzubauen. In Wewelsburg verblieb nur noch ein Restkommando, das organisatorisch dem KZ Buchenwald bei Weimar unterstellt wurde. *Repro: rep*

nen, meint: Zeitzeugen wie Betroffene oder „Zuschauer“ (die, die nun mal am Ort des Geschehens wohnten) beispielsweise wurden befragt nach dem, was sie erlebten. Und all das gibt natürlich auch Aufschluß über das, was man heute am Ort des Geschehens noch weiß, wissen will.

Neben dem Aspekt der Geschichte des Naziterrors rund um die Wewelsburg aus Sicht der Betroffenen fehlt in Hüfers Aufsatz auch nicht eine ebenso knappe wie befriedigende Darstellung aller Vorgänge, mit denen die Wewels-

burg zu dem gemacht werden sollte, was sie dann glücklicherweise doch nicht wurde: ideologisch-kultisches Zentrum der SS; und wie eng all das mit dem KZ Niederhagen, dem für einige Zeit kleinsten eigenständigen Konzentrationslager im Reich Hitlers und Himmlers, zusammenhing.

★
Ludwig Eiber (Herausgeber): „Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung“, Hannover 1985, Fackelträger-Verlag, Broschur, 184 Seiten, 13,5 x 20,5 cm, 25 Mark

wcl

Ludwig Eiber (Hg.): Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung, Hannover 1985, Fackelträger-Verlag.

" S H O A H "

"Shoah" heißt ein neuer Film von Claude Lanzmann. Er beschäftigt sich mit der Vernichtung des Judentums durch das "III. Reich".

In dem neueneinhalbstündigen Film verzichtet der Regisseur auf historische Aufnahmen. Er zeigt stattdessen, wie die Orte heute aussehen und führt intensive Gespräche mit Zeitzeugen.

Das Buch: Claude Lanzmann: Shoah, Düsseldorf, 1986 (Classenverlag - mit den Texten des Filmes, einem Vorwort von S. de Beauvoir und einem Interview mit dem Regisseur).

Arbeitskreis Stadtgeschichte Salzgitter e.V.(Hg.):

"... die Opfer sind immer die anderen - zur Notwendigkeit einer gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte, Salzgitter, 1984 (zu beziehen: AG Stadtgeschichte, Schlapsweg 64, 3320 Salzgitter 51).

Komitee Dokumentationsstätte Drütte: Pressespiegel und Dokumentation, (zu beziehen: ebd.)

Akademie der Künste (Hg.): "Synopsis zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände", zusammengestellt von F. v. Buttlar und St. Endlich (zu beziehen: Akademie, Hanseatenweg 10, 1000 Berlin 21).

Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung: "Zur Arbeit mit Zeitzeugen" (zu beziehen: ASF-Medienvertrieb).

Huhn, A., Meyer, A.: "Einst kommt der Tag der Rache" - die Rechtsextreme Herausforderung 1945 bis heute, Freiburg, 1986 (auch: ASF-Medienvertrieb)

Die Grünen im Bundestag: Was wir verdrängen kommt wieder, (zu beziehen: Bundestagsfraktion)

AG Bergen-Belsen: Bergen-Belsen - Zentrale Gedenkstätte Niedersachsens - eine Denkschrift (zu beziehen über: AG, c/o A. Sahm, Blumenhagener Str. 13, 3155 Edemissen 1)

Die Niedersächsische Landesregierung hat beschlossen, die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen umzugestalten, bzw. zu erweitern.

Die Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen e.V., die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Ausbau der Gedenkstätten zu fördern, ist der Meinung, daß die Vorstellungen der Landesregierung nicht genügen, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Die AG hat sich daher bemüht, einige eigene Vorschläge zu entwickeln und diese in der "Denkschrift" veröffentlicht.